

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

19.6.1928 (No. 141)

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur F. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Kieferation, und Kontroversen fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die Erschliessung Labradors

Nachdem durch einen Londoner Schiedspruch das Küstenland von Labrador, auf die die Regierung von Quebec Anspruch erhoben hatte, nach einem langwierigen Rechtsstreit vor einem Jahre Neufundland zugesprochen worden war, hat sich die Regierung von Neufundland nunmehr durch Sachverständige einen Überblick über die natürlichen Reichtümer des Gebietes anfertigen lassen, aus dem hervorgeht, daß die Schätze, die dort der Erschließung harren, noch bedeutender sind als ursprünglich angenommen worden war. Am Hamiltonfluß, der Labrador durchquert, befinden sich zwei mächtige Wasserfälle, von denen der eine von 200 Fuß und ein anderer, einige 30 Kilometer flussabwärts befindlicher, von 300 Fuß herabfällt, worauf das Wasser sich in einem breiten und tiefen Becken sammelt, von wo aus eine Schiffverbindung nach dem Atlantik eingerichtet werden kann. Nach aufgestellten Schätzungen können diese Fälle 4.800.000 PS elektrische Kraft erzeugen, und die Kosten für die Einrichtung von Kraftwerken dürften nur den 10. Teil dessen ausmachen, was für ähnliche Einrichtungen auf der kanadischen Seite des Niagara aufgewendet werden mußte. Im Cambriagebiet sind innerhalb eines Umkreises von 120 Kilometer der Wasserfälle reiche Lager verschiedener Eisenerze zu finden. Dazu kommen gewaltige Wälder mit Nottannen, Birken, Fichten, Kiefern und Eichen, deren Holz leicht zu befördern sein wird, da die Forsten hauptsächlich am Hamilton und seinen Nebenflüssen liegen. Deshalb sind bereits Unterhandlungen mit amerikanischen Gesellschaften im Gange, um die Holzreichtümer der Herstellung von Holzmasse und Papier zu erschließen. Mit der Hudson Bay Company ist das frühere Abkommen wegen der Fischereirechte und des Seebüchlings erneuert worden. Daneben ist das Land reich an Pelztieren und auch für die Rentierzucht ist das Feld günstig, da Rentiermoos im Überflusse vorhanden ist. Der Bahnbau soll energisch betrieben werden. Abgesehen von den lokalen Notwendigkeiten hat man die Aufmerksamkeit auch auf den Ausbau einer Strecke gerichtet, die durch Labrador führen soll, um die Reise von Kanada nach England zu verkürzen, da die Hamilton-Einfahrt Liverpool um 750 Meilen näher als New York liegt und sich von Montreal eine Verkürzung der Seefahrt um 450 Meilen ergeben würde.

### Zaleski über seine Pariser Rede

W.B. Warschau, 19. Juni. (Tel.) Außenminister Zaleski gewährte einem Vertreter der offiziellen „Epoca“ eine Unterredung, in der er sich im Zusammenhang mit seiner Reise nach Genf, Paris und Brüssel zu verschiedenen außenpolitischen Fragen äußerte. Der Minister wiederholte einleitend seine Thesen, die er schon in seiner Pariser Banktredede geäußert hatte. Wer für die friedliche Revision der Verträge wirke, der arbeite gegen den Frieden (1), und wer irgendwelche friedenssichernde Garantien in der Hand habe, dem sei es nicht gestattet, diese Sicherungen ohne Ersatz durch andere Friedensgarantien aus der Hand zu geben. Aus dem Lärm der deutschen Presse, der auf diese Pariser Banktredede gefolgt sei, müsse man — so erklärte Zaleski weiter — folgern, daß in Deutschland der Wille zur Erhaltung des Friedens überhaupt nicht bestehe (2), doch fügte der Minister nach einer Weile noch hinzu, er wolle dies nicht glauben. Was die kommende Reichsregierung anbetreffe, so meinte Zaleski, daß sie aus Männern bestehe werde, für die die Aufrechterhaltung des Friedens ein Gebot ihres politischen Glaubensbekenntnisses bedeute. Immerhin müsse sich aber die kommende Reichsregierung bemühen, daß keine Regierung ewig wäre und daß aus diesem Grunde internationale Verpflichtungen stets eine juristische Form tragen müßten und sich nicht auf das Vertrauen zu den augenblicklichen Leitern dieses oder jenes Staates stützen könnten. Der Minister betonte im weiteren Verlauf seines Interviews, daß seine Pariser Unterredungen in einer Atmosphäre der Herzlichkeit geführt worden seien. Als Zeichen der Volkstümlichkeit der polnisch-französischen Allianz in Frankreich könne gelten, daß an dem Pariser Bankett hervorragende französische Politiker und Parlamentarier in großer Zahl sich beteiligt hätten. Zaleski verwahrte sich sodann noch gegen die Unterstellung, daß er gelegentlich seiner letzten Reise gegen den Kellogg-Bakt aufgetreten wäre. Was die polnisch-litauische Frage anbelange, so erwarte er nun für Ende dieses Monats, daß die litauische Regierung in der in Nowo tagenden Sicherheitskommission und der in Warschau tagenden ökonomischen Kommission ihre Gegenanschläge vorbringe. Wenn diese Vorschläge annehmbar seien, werde von polnischer Seite einer Unterzeichnung entsprechender Abkommen nichts im Wege stehen. — Der Minister bereitete sich dann noch über die letzte Tagung des Völkerbundesrates, der er wegen der Stellungnahme zum albanisch-griechischen Streit in den Minderheitenanfragen eine besondere Bedeutung beimäß.

### Verbot politischer Propaganda in Spanien

W.B. Paris, 19. Juni. (Tel.) Das „Journal“ meldet aus Madrid, daß ein Dekret veröffentlicht worden sei, in dem jede Diskussion oder Propaganda politischer Art in privaten Klubs verboten werde.

Dr. Gammann gestorben. Im Alter von 76 Jahren ist Wirt, C. H. Rat Dr. Gammann, der von 1894 bis 1916 Presseschef des Auswärtigen Amtes war, gestorben.

### Letzte Nachrichten

#### Kein Fortgang in der Regierungsbildung

Die Beratungen des 22er-Ausschusses  
M. Berlin, 18. Juni. (Priv.-Tel.) Die Beratungen des 22er-Ausschusses, dem alle an der Regierungsbildung beteiligten Parteien angehören, wurde heute vorläufig beendet. Zuletzt wurden die Fragen des Panzerkreuzers A und einer politischen Amnestie besprochen, wobei jedoch die Parteien nur ihre Wünsche und Ansichten äußerten, ohne daß ein Beschluß erzielt werden konnte. überhaupt darf man das Ergebnis dieser ersten Beratung bis zu ihrem Abschluß nicht zu hoch einschätzen. Man ist nämlich allen schwierigen Fragen aus dem Wege gegangen. Es gewinnt den Anschein, als ob beim Mittelstand und bei der Landwirtschaft sich ein gewisser Zusammenschluß vollzogen habe. Über die Schulfrage erfolgte ebenfalls keine Einigung, sie wird nur in der Regierungserklärung erwähnt werden. In der Frage der Steuervereinfachung sind die Parteien auseinandergefallen. Die Bayerische Volkspartei möchte das Rahmengesetz überhaupt nicht mehr eingebracht wissen, während die Demokraten darauf bestehen. Auch der Verfassungsfeierstag ist in keiner Weise geklärt. Die Beschlüsse der Aussprache, die in Wirklichkeit gar keine sind, sollen heute und morgen den Fraktionen vorgelegt werden. Am Mittwoch nachmittag findet dann eine neue Sitzung des 22er-Ausschusses statt, in der der künftige Kanzler Hermann Müller von sich aus Vorschläge machen wird, die auf der Grundlage der bisherigen Besprechungen beruhen.

Die ersten Besprechungen am Dienstag  
D.B. Berlin, 19. Juni. (Tel.) Im Reichstage setzte Abg. Müller-Franken heute gegen 11 Uhr seine Besprechungen mit den Verhandlungskommissionen der sozialdemokratischen, der demokratischen, der Zentrumspartei und den Fraktionen der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei, fort. Wie das Nachrichtenbüro des D.B. hört, soll heute u. a. die sozialdemokratische Forderung besprochen werden, daß diese Partei einen parlamentarischen Staatssekretär im Reichswehrministerium erhalte. Ferner dürfte auch die vom Zentrum aufgeworfene Schulfrage erörtert werden. Die Verhandlungen sollen mittags beendet und ihr Ergebnis soll dann nachmittags wieder den Fraktionen unterbreitet werden.

Die Vorgänge am Montag  
W.B. Berlin, 19. Juni. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden am Montag durch Hermann Müller fortgesetzt. Dabei handelte es sich um das Steuer- und sozialpolitische Programm der neuen Regierung. Abg. Müller-Franken hatte auch eine Sonderbesprechung mit dem Führer der Wirtschaftspartei, Abg. Dreiwil. Ein Teil der Richtlinien der Wirtschaftspartei ist bereits in einer Konferenz der übrigen für die Koalition in Frage kommenden Parteien besprochen worden. Anscheinend ist hierüber auch schon eine Übereinstimmung erzielt worden. Über eine Reihe anderer bisher noch nicht besprochener Forderungen der Wirtschaftspartei wird der Abg. Müller-Franken zunächst mit dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden verhandeln. Sollte dabei eine Übereinstimmung erzielt werden, so wird wahrscheinlich am Dienstag oder am Mittwoch eine allgemeine Aussprache zwischen den sämtlichen für eine große Koalition in Frage kommenden Parteien mit Einschluß der Wirtschaftspartei über die noch offenen Punkte erfolgen.

Wie weiter bekannt wird, drehte sich die gestrige Besprechung um Finanz- und Wirtschaftsfragen. Dabei verlangten die Sozialdemokraten Verminderung der Einkommensteuer, für die kleineren und mittleren Einkommen und stärkere Vermögenssteuern. Die Demokraten forderten ein Steuervereinfachungsgesetz. Dagegen wurden aber von der Bayerischen Volkspartei entschieden Widerspruch erhoben. In einigen anderen Punkten sind die Parteien sich offenbar nähergekommen; auf allen Seiten aber äußert man sich wenig befriedigt über den bisherigen Verlauf der Besprechungen.

Im Preussischen Landtag werden die politischen Verhandlungen erst am Dienstag wieder aufgenommen. Wenn auch das Zentrum gewissermaßen die Brücke vom Reichstag zum Landtag bildet, so wird doch dem D.B.-Büro aus Kreisen der preussischen Regierungsparteien immer wieder berichtet, daß die Verhandlungen über die Erweiterung der Preussenregierung sich unabhängig von der Neubildung der Reichsregierung vollziehen müssen.

### Major Panzo in Trossj gelandet

W.B. Trossj 19. Juni. (Tel.) Der italienische Major Panzo ist auf dem Wege nach Spitzbergen, von Sulca kommend, mit seinem Dornier-Wal-Flugzeug hier gelandet.

### Die Unsicherheit über das Schicksal Schangstolins

W.B. Paris, 19. Juni. (Tel.) Der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Keking berichtet, daß man in diplomatischen Kreisen offiziell den Tod Schangstolins, dessen Nachfolger noch nicht ernannt sei, bestätige.

### \*Die Koalitionsverhandlungen in Berlin

Die Verhandlungen, die Hermann Müller-Franken in Berlin mit den Vertretern der Fraktionen führt, kommen recht langsam vom Fleck, obwohl es Ende der vorigen Woche gelang, die schwierigste Frage, nämlich die der Erweiterung der preussischen Regierungskoalition, einstweilen in den Sintergrund zu schieben. Andererseits konnte man sich ja von vornherein sagen, daß es nicht im Handumdrehen möglich sein würde, ein brauchbares Regierungsfundament für eine so große und umfassende Koalition, wie die geplante, zu finden. Daß man bestrebt ist, das Fundament so auszumauern, daß es auch wirklich für längere Zeit hält, ist ja nur erfreulich. Aber natürlich bedingt das gründliche Besprechungen.

Über viele Fragen gehen die Meinungen der einzelnen Parteien doch recht weit auseinander. Und sehr schwierig muß die Situation werden, wenn es sich bei der einen oder anderen Frage um Forderungen handelt, die von der betreffenden Partei als entscheidende Forderungen auch im Wahlkampf vertreten worden sind. Keine Partei möchte sich gern dem Vorwurf aussetzen, daß sie im Wahlkampf den Mund vollgenommen, nach der Wahlschlacht aber mit Eintritt in das Kabinett auf ihre Forderungen verzichtet habe.

Und doch wird es bei einer solchen Koalition ohne Kompromisse, ohne Abstriche nicht abgehen. Man wird jedoch billigerweise die Lage einer jeden Partei berücksichtigen müssen und ihr schließlich nicht den Verzicht auf Wünsche zumuten, deren Geltendmachung geradezu die Voraussetzung für ihre ganze Existenz oder für ihren Wahlsieg bedeutet.

An und für sich sind ja nachwieder eigentlich alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen und der Kommunisten zur Mitarbeit im Rahmen der Großen Koalition bereit. Leider wird neuerdings auf die Deutsche Volkspartei ein besonders scharfer Druck ausgeübt, sich von der Koalition zurückzuziehen u. den Verlauf der Dinge so zu beeinflussen, daß die Sozialdemokratie gezwungen wird, möglichst allein die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen. Es ist der Stahlhelm, dem ja etwa 10 deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete als Mitglieder angehören, welcher diesen Druck ausübt. Zwar hat die Bundesleitung des Stahlhelms erklärt, daß sie auf die Entschlüsse der ihrer Organisation angehörenden Abgeordneten nicht direkt einwirken wolle; aber sie hat weiterhin nicht unterlassen zu bemerken, daß sie von ihren Mitgliedern nicht eine Betätigung nach den Grundsätzen des Stahlhelms und im Sinne des Stahlhelms erwarten müsse. Und in einer neuen Kundgebung hat sich der Stahlhelm schon ganz offen gegen eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ausgesprochen. Das sind deshalb recht böse Vorformnisse, weil sie nicht nur die Geschlossenheit der Deutschen Volkspartei beeinträchtigen, sondern auch auf der andern Seite, beim linken Flügel der Sozialdemokraten, neue Bedenken auslösen könnten.

Was die Frage der Erweiterung der preussischen Koalition betrifft, so wird sie jetzt zunächst von den Instanzen entschieden werden, die für sie zuständig sind, nämlich von der preussischen Regierung und den Parteien, welche diese Regierung bilden. Ob dabei allerdings eine Änderung der bisherigen Haltung herauskommen wird, ist recht fraglich. Schon allein technisch liegt die Sache nicht einfach, weil der preussische Landtag ja auf etwa vier Monate (nicht vier Wochen, wie es neulich an dieser Stelle infolge eines Druckfehlers hieß) vertagt worden ist. Im übrigen aber ist es wichtig zu hören, daß auch die Bayerische Volkspartei jeden Versuch, die preussische Koalitionsfrage mit der im Reich zu verkoppeln, aus prinzipiellen Gründen abgelehnt hat.

Man konnte dieser Lage in einzelnen Blättern sehen, daß man die Verhandlungen in Berlin offenbar durch die Erörterung zu vieler Einzelheiten belastet habe, und daß vielleicht auch das Gremium, welches die Verhandlungen führe, mit seinen 22 Köpfen zu groß sei. Inwieweit diese Kritik richtig ist, können wir von hier aus schwer beurteilen. Wenn man wirklich ein brauchbares Regierungsprogramm zurechtzimmern will und Differenzen innerhalb der Koalition für die nächste Zukunft tunlichst ausschließen möchte, dann ist es sicherlich nur möglich, daß

Mit der Beilage: Antikliche Gewinnliste der Caritaslotterie „Frohe Kindheit“





